

**ZA-Archiv Nummer 6417**

**Aspekte des deutsch-deutschen  
Vereinigungsprozesses 1990**

Umfragen wie diese machen die öffentliche Meinung schnell und deutlich sichtbar. Sie sind damit Bestandteil des Demokratisierungsprozesses in der DDR.

Auf der Grundlage eines statistischen Verfahrens haben wir Sie aus der Gesamtheit der wahlberechtigten Bürger der DDR zufällig ausgewählt und möchten Sie bitten, Ihre ganz persönliche Meinung zu einigen aktuellen Fragen zu äußern.

Wir garantieren (und sind gesetzlich dazu verpflichtet), daß bei solchen Untersuchungen strikte Anonymität gewahrt wird.

Nun zu unseren Fragen:

1. Es wurde und wird sehr viel über die Zukunft der beiden deutschen Staaten diskutiert. Dabei wurden verschiedene Vorschläge unterbreitet. Welcher der folgenden Vorschläge käme Ihren Wünschen am nächsten (unabhängig von seiner Realisierbarkeit)?

- 1 Der europäische und der deutsche Einigungsprozeß sollten zeitlich parallel verlaufen. Für eine gewisse Zeit sollte im Rahmen einer europäischen Konföderation die Souveränität beider deutscher Staaten erhalten bleiben.
- 2 Das Zusammenwachsen von DDR und BRD sollte schneller verlaufen als der europäische Einigungsprozeß. Beide Staaten müssen den Prozeß ihrer Vereinigung gleichberechtigt gestalten.
- 3 Die DDR sollte unverzüglich nach Artikel 23 des BRD-Grundgesetzes der BRD beitreten. Das Gesellschaftssystem der BRD sollte auf die DDR übertragen werden.
- 4 Ich bin gegen eine Vereinigung von DDR und BRD.
- 5 Das weiß ich nicht.

2. Wenn Sie für eine Vereinigung von DDR und BRD sind - was ist Ihr Hauptgrund für diesen Wunsch?

- 1 Vor allem möchte ich einen Lebensstandard erreichen, wie er in der Bundesrepublik üblich ist.
- 2 Die Staatsordnung der BRD ist besser als die der DDR.
- 3 Ich fühle mich als Deutscher und möchte in einem einheitlichen deutschen Staat leben.
- 4 In einem einheitlichen Deutschland habe ich bessere persönliche Entwicklungsmöglichkeiten.
- 5 Deutschland - das sind für mich Geschichte und kulturelle Werte - das kann man nicht teilen.
- 6 Keiner dieser Gründe.
- 7 Das weiß ich nicht.

3. Wenn Sie gegen eine Vereinigung von DDR und BRD sind - welches ist Ihr Hauptgrund für diese Meinung?

- 1 Die DDR sollte nach der friedlichen Revolution ihren eigenen Weg finden.
- 2 Es ist kein gleichberechtigtes Zusammenwachsen.
- 3 Ich lehne die Gesellschaftsordnung der BRD ab.
- 4 Ich fürchte soziale Härten und eine Verschlechterung meiner Lebenssituation.
- 5 Ein einheitliches Deutschland könnte wieder zu einer Gefahr in Europa werden.
- 6 Keiner dieser Gründe.
- 7 Das weiß ich nicht.

4. Sicherlich haben Sie sich schon Gedanken gemacht, welche Verfassung ein einheitlicher deutscher Staat haben sollte. Welcher der folgenden Varianten würden Sie zustimmen?

- 1 Der einheitliche deutsche Staat sollte das Grundgesetz der BRD als Verfassung übernehmen.
- 2 Das Grundgesetz der BRD sollte weiter gelten, aber es wären für die ehemalige DDR einige Sonderregelungen notwendig.
- 3 Das Grundgesetz der BRD sollte weiter gelten, es müßte aber partiell verbessert werden.
- 4 Es sollte die vom Zentralen Runden Tisch der DDR ausgearbeitete Verfassung gelten.
- 5 Es sollte eine völlig neue Verfassung erarbeitet werden.
- 6 Das weiß ich nicht.

5. Wenn Sie für eine andere Verfassung als das Grundgesetz der BRD sind - wer sollte diese neue Verfassung beschließen?

- 1 ein gesamtdeutsches Parlament.
- 2 alle wahlberechtigten Bürger Deutschlands durch Volksentscheid.
- 3 Das weiß ich nicht.

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten stehen auch Fragen der Rechtsangleichung. Ein heiß umstrittenes Problem ist dabei der § 218 StGB der BRD.

6. Wie ist Ihre Meinung zur derzeit in der DDR geltenden Fristenregelung beim Schwangerschaftsabbruch?

- 1 Ich bin grundsätzlich gegen einen Schwangerschaftsabbruch und für die Übernahme des § 218 StGB der BRD.

- 2 Ich bin für die unbedingte Beibehaltung der in der DDR geltenden Fristenregelung auch in einem geeinten Deutschland.
- 3 Ich bin weder für die Übernahme des § 218, noch für die einfache Fortschreibung der bisherigen Fristenregelung in der DDR. Darüber sollte neu diskutiert werden. Es sollten modifizierte Festlegungen getroffen werden.
- 4 Ich weiß nicht.
- 5 Dazu habe ich keine Meinung.
- 6 Das interessiert mich nicht.

7. Wenn Sie grundsätzlich gegen die derzeit bestehende Fristenregelung sind, was ist für Sie der Hauptgrund?

- 1 Auf grund meiner Konfession bin ich für den unbedingten Schutz ungeborenen Lebens und gegen Schwangerschaftsabbrüche, die nicht aus medizinischer Sicht begründet sind.
- 2 Die bestehenden Fristenregelungen werden von vielen leichtfertig und verantwortungslos mißbraucht.
- 3 Jeder Schwangerschaftsabbruch ist ein Risiko und deshalb im Interesse der Gesundheit der Frauen abzulehnen.
- 4 Ich bin dagegen, weil medizinisches Personal dadurch in ungerechtfertigter Weise gebunden wird und nicht für andere wichtigere Betreuungs- und Behandlungsaufgaben zu Verfügung steht.
- 5 Andere Gründe.

8. Wenn Sie für die Beibehaltung der Fristenregelung sind, was ist für Sie der Hauptgrund?

- 1 Das Recht der Frauen, über ihren Körper selbst zu bestimmen und zu entscheiden, ob und wann sie ein Kind haben möchten, sollte gesichert werden, alles andere wäre ein Rückschritt.

- 2 Frauen müssen sonst vielleicht wieder ihr Leben auf den Küchentischen von Kurfuschern preisgeben.
- 3 Unerwünschte Schwangerschaften bzw. Kinder können die soziale und familiäre Situation belasten und Konflikte verschärfen.
- 4 Sie ist unverzichtbar, wenn angewendete Kontrazeptionsmethoden (Verhütungsmethoden) versagt haben.
- 5 Sie ist unerlässlich für Frauen mit einer Notlagenindikation (d.h. unerwünschte Schwangerschaft bei älteren oder zu jungen Frauen; Frauen, die bereits mehrere Kinder haben u.ä.).
- 6 Andere Gründe.
- 7 Ich weiß nicht.

9. Wenn die Fristenregelung beibehalten wird, wie soll dies gehandhabt werden?

- 1 Es sollte weiterhin unentgeltlich sein.
- 2 Es sollte eine Kostenbeteiligung der Frau bzw. der Familie erfolgen.
- 3 Die Frau / Partner / die Familie sollten die gesamten Kosten tragen.
- 4 Das sollte von Fall zu Fall entschieden werden, je nach finanziellen Möglichkeiten der Betroffenen.
- 5 Ich weiß es nicht.

10. Was wäre für Sie persönlich / ihre Partnerin, wenn sie betroffene wären ein Hauptgrund für einen Schwangerschaftsabbruch.

- 1 Kein weiterer Kinderwunsch mehr, da bereits Kinder vorhanden (Familienplanung abgeschlossen).
- 2 Die Frau fühlt sich zu jung oder zu alt für ein Kind oder ein weiteres Kind.

- 3 Finanzielle Gründe
- 4 Ungenügende Wohnverhältnisse. (keine Wohnung oder zu kleine Wohnung
- 5 Zu große oder zu geringe Altersabstände der Kinder.
- 6 Kind mit Behinderungen in der Familie.
- 7 Partnerschaftsprobleme.
- 8 Gesundheitliche Probleme.
- 9 Laufende Qualifizierung / Weiterbildung.
- 10 Berufliche Entwicklungschancen.
- 11 Arbeitslosigkeit.
- 12 Unsicherheit in Bezug auf die künftige gesellschaftliche Entwicklung und Lebenslage.

11. Wie würden Sie persönlich reagieren, was Ihrer Partnerin raten, wenn ein Schwangerschaftsabbruch unter Strafe gestellt wäre?

- 1 Nicht abbrechen.
- 2 Möglichkeiten der Legalisierung suchen.
- 3 Das Risiko in Kauf nehmen.
- 4 Weiß ich nicht.

Kommen wir noch einmal auf allgemeinere Aspekte des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses zurück.

12. Wenn Sie einmal das Tempo des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses einschätzen - ist das Tempo für Sie

- |                  |                       |
|------------------|-----------------------|
| 1 zu schnell     | 3 zu langsam          |
| 2 gerade richtig | 4 Das weiß ich nicht. |

13. Wenn ein ausländischer Gast Sie fragen würde, als was Sie sich gegenwärtig fühlen - als DDR-Bürger, zukünftiger Bundesbürger oder als Bürger eines vereinten Europa - was würden Sie ihm antworten?

- 1 Ich fühle mich als DDR-Bürger.
- 2 Ich fühle mich als zukünftiger Bundesbürger.
- 3 Ich fühle mich vor allem als Bürger eines vereinten Europa.
- 4 Das weiß ich nicht.
- 5 keine Antwort

14. Es gab und gibt im Zusammenhang mit der deutsch-deutschen Vereinigung Diskussionen zur Zukunft der Grenze zu Polen. Wie ist Ihre Meinung zu dieser Grenze?

- 1 Die derzeitige Grenze zu Polen sollte von beiden deutschen Staaten und einem einheitlichen Deutschland als endgültig und unveränderlich anerkannt werden.
- 2 Die Grenzfrage ist im Moment noch offen. Sie kann endgültig erst im Zusammenhang mit einem Friedensvertrag zwischen dem einheitlichen Deutschland und den Siegermächten des zweiten Weltkrieges durch Verhandlungen geklärt werden.
- 3 Für Deutschland sollten so schnell wie möglich und soal mit welchen Mitteln die Grenzen von 1937 wieder hergestellt werden.
- 4 Das weiß ich nicht.

15. Seit Kriegsende sind entsprechend dem Potsdamer Abkommen sowjetische Truppen auf dem Gebiet der DDR stationiert. Wie ist heute Ihre Meinung zur Anwesenheit dieser Truppen in der DDR?

- 1 Sie sind wichtig für die Sicherheit der DDR. Sie sollten vor allem deshalb in der DDR bleiben.



- 2 Sie sind in erster Linie ein stabilisierender Faktor des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses. Ihre Anwesenheit ist für eine gewisse Zeit noch notwendig.
- 3 Sie könnten zeitlich parallel mit den Truppen der anderen Siegermächte des zweiten Weltkrieges aus Deutschland abgezogen werden.
- 4 Sie haben keinerlei praktische politische und militärische Berechtigung mehr und könnten einseitig abgezogen werden.
- 5 Sie sind für die DDR eine ökonomische und Umweltbelastung und sollten daher unverzüglich einseitig abgezogen werden.
- 6 Sie beeinträchtigen den deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß und sollten so schnell wie möglich einseitig abgezogen werden.
- 7 Das weiß ich nicht.

16. Der kalte Krieg ist beendet - wie sehen Sie unter diesen Umständen die Zukunft der beiden Militärblöcke NATO und Warschauer Vertrag?

- 1 NATO und Warschauer Vertrag sollten unverändert erhalten bleiben.
- 2 Beide Militärbündnisse sollten erhalten bleiben, müssen sich aber in überwiegend politische Organisationen umwandeln.
- 3 NATO und Warschauer Vertrag müßten zügig abrüsten und letztlich zeitgleich ganz aufgelöst werden. An ihre Stelle sollte ein europäisches Sicherheitssystem treten.
- 4 Der Warschauer Vertrag müßte sich auflösen, während die NATO Kern eines europäischen Sicherheitssystems werden sollte.
- 5 Die NATO müßte sich auflösen, während der Warschauer Vertrag Kern eines europäischen Sicherheitssystems werden sollte.
- 6 Das weiß ich nicht.

17. Wie sehen Sie in diesem Zusammenhang die wünschenswerte Zukunft der beiden deutschen Staaten in ihren jeweiligen Blockzugehörigkeiten?

- 1 Die beiden deutschen Staaten bzw. die Teile eines einheitlichen Deutschlands sollten unabhängig vom deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß in ihren Blöcken bleiben, auch wenn diese sich in ihrer militärischen Zielrichtung nicht verändern.
- 2 Beide deutsche Staaten bzw. die Teile eines einheitlichen Deutschlands sollten in ihren jeweiligen Bündnissen bleiben - jedoch nur, wenn diese zu vorwiegend politischen Organisationen werden.
- 3 Beide deutsche Staaten sollten so bald wie möglich zeitgleich aus ihren jeweiligen Blöcken austreten, neutral und entmilitarisiert werden.
- 4 Die DDR sollte aus dem Warschauer Vertrag austreten, während die BRD Mitglied der NATO bleibt. Die DDR (ihr heutiges Gebiet) wird auch nach der Vereinigung nicht in die NATO eingegliedert.
- 5 Die BRD sollte die NATO verlassen, während die DDR im Warschauer Vertrag verbleibt. Die BRD (ihr heutiges Gebiet) wird auch nach der Vereinigung nicht in den Warschauer Vertrag eingegliedert.
- 6 Die DDR sollte aus dem Warschauer Vertrag austreten und in einem einheitlichen Deutschland Bestandteil der NATO sein.
- 7 Das weiß ich nicht.

18. In der letzten Zeit gab es in der DDR viele Diskussionen zur Zukunft der NVA und des Wehrdienstes. Was denken Sie, sollte mit der NVA im Prozeß der deutsch-deutschen Vereinigung passieren?

- 1 Die NVA hat keinen Auftrag mehr und sollte schon jetzt unverzüglich aufgelöst werden.

- 2 Die NVA sollte spätestens mit der Erreichung der staatlichen Einheit aufgelöst werden. Die Bundeswehr sollte nach der Vereinigung die einzige deutsche Armee sein.
- 3 Die NVA sollte auch nach der staatlichen Vereinigung beider deutscher Staaten noch für eine gewisse Zeit existieren.
- 4 Die NVA sollte solange existieren, wie es die Bundeswehr der BRD gibt (unabhängig von der staatlichen Vereinigung).
- 5 NVA und Bundeswehr sollten nach der staatlichen Vereinigung zu einer gemeinsamen Armee zusammengefaßt werden.
- 6 Das weiß ich nicht.

19. Wenn Sie eine Weiterexistenz der NVA befürworten, was für eine Armee sollte das sein?

- 1 eine Berufsarmee auf freiwilliger Basis
- 2 eine Wehrpflichtarmee wie gegenwärtig
- 3 Das weiß ich nicht.

Nun noch zu einigen anderen Fragen:

20. Viele Menschen in der DDR haben in der Vergangenheit sehr aufmerksam Gorbatschows Politik der Perestroika verfolgt.  
Glauben Sie, daß Gorbatschow mit seiner Politik eine Chance hat?

- 1 Gorbatschow wird sich durchsetzen und Erfolg haben.
- 2 Gorbatschow hat keine Chance, die Probleme sind zu groß.
- 3 Das weiß ich nicht.
- 4 keine Antwort

21. Hat, die Entwicklung in der UdSSR Ihrer Meinung nach Einfluß auf die DDR und den deutsch-deutschen Einigungsprozeß?

- 1 Die Entwicklung in der UdSSR hat nach wie vor großen Einfluß auf die DDR und den deutsch-deutschen Einigungsprozeß.
- 2 Der mögliche Einfluß der Entwicklung in der UdSSR auf die DDR und den deutsch-deutschen Einigungsprozeß wird zunehmend geringer.
- 3 Die Entwicklung in der UdSSR hat gegenwärtig keinen Einfluß auf die DDR und den deutsch-deutschen Einigungsprozeß.
- 4 Das weiß ich nicht.

22. In den letzten Wochen sind viele Bürger aus osteuropäischen Staaten, vor allem aus Rumänien, in die DDR gekommen. Wie sollte Ihrer Meinung nach die Regierung darauf reagieren?

- 1 Die Regierung sollte diesen Leuten eine Chance geben und Ihnen die Eingewöhnung hier erleichtern.
- 2 Die Regierung sollte sie nicht zurückweisen, aber sie auch nicht unterstützen und dadurch andere Ausländer zum Kommen ermuntern.
- 3 Die Regierung sollte die, die hier sind, unterstützen, aber keine weiteren Ausländer aus diesen Ländern zu längeren Aufenthalten einreisen lassen.
- 4 Die Regierung sollte nur diejenigen aufnehmen, die in ihren Ländern politisch verfolgt werden.
- 5 Die Regierung sollte Bürgern dieser Länder außer zu dienstlichen und touristischen Zwecken generell die Einreise verweigern.
- 6 Das weiß ich nicht.

UF 909

23. Wie alt sind Sie?

24. Sind Sie

1 weiblich

2 männlich

25. Sind Sie

1 berufstätig

2 nicht berufstätig

26. Wenn Sie nicht im Berufsleben stehen, interessiert uns, ob Sie

1 Altersrentner

6 Lehrling

2 im Vorruhestand

7 im Babyjahr

3 Invalidenrentner

8 Hausfrau/-mann sind

4 Student

9 im Grundwehrdienst/Zivildienst stehen

5 Schüler

10 arbeitslos sind

27. Wenn Sie berufstätig sind, welcher sozialen Gruppen würden Sie sich zuordnen?

1 Arbeiter

4 Handwerker/Gewerbetreibender

2 Genossenschaftsbauer

5 Intelligenz

3 Angestellter

6 Unternehmer

28. Über welchen höchsten Qualifikationsabschluß verfügen Sie?

- |                     |                     |
|---------------------|---------------------|
| 1 Un- und Angelernt | 4 Meister/Techniker |
| 2 Teilfacharbeiter  | 5 Fachschulabschluß |
| 3 Facharbeiter      | 6 Hochschulabschluß |
|                     | 7 Promotion         |

29. In welchem Bezirk wohnen Sie? (Interviewer: bitte Bezirksnummer auf dem Erfassungsbogen eintragen)

30. Wieviele Einwohner hat Ihr Wohnort?

- 1 mehr als 100 000 Einwohner
- 2 20 000 bis unter 100 000 Einwohner
- 3 2 000 bis unter 20 000 Einwohner
- 4 500 bis unter 2 000 Einwohner
- 5 unter 500 Einwohner

31. Gehören Sie einer Religionsgemeinschaft an?

- |                 |                              |
|-----------------|------------------------------|
| 1 evangelisch   | 4 nein                       |
| 2 katholisch    | 5 das möchte ich nicht sagen |
| 3 einer anderen |                              |

Abschließend interessiert uns noch die Frage:

32. Welcher der folgenden Parteien und/oder Bündnisse haben Sie bei der letzten Volkswahl Ihre Stimme gegeben?

- |                |  |
|----------------|--|
| 1 CDU          | 7 NEUES FORUM                            |
| 2 DSU          | 8 eine Partei die jetzt zum D.F.D gehört |
| 3 DA           | 9 eine andere                            |
| 4 SPD          | 10 das möchte ich nicht sagen            |
| 5 PDS          |  |
| 6 GRÜNE PARTEI |  |

Interviewer: Ich danke Ihnen für dieses Gespräch !